

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 43 (1949)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Holländische Stimmen zum indonesischen Konflikt : Indonesien - Holland ; Ein Wort der Generalsynode der reformierten Kirche zum indonesischen Konflikt  
**Autor:** Strijd, Kr. / Oe.P.D.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-139228>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 08.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Holländische Stimmen zum indonesischen Konflikt

## Indonesien — Holland

Ich schreibe diesen Aufsatz nicht gern, denn ich liebe mein Vaterland und das Volk, zu dem ich gehöre. Ich glaube jedoch, daß es gut ist, zu betonen, daß es in Holland Gruppen gibt (und nicht nur antimilitaristische), deren Meinung bezüglich Indonesiens von dem offiziellen holländischen Standpunkt abweicht.

Am Sonntag, dem 19. Dezember 1948, wurde die niederländische Wehrmacht in Indonesien zum zweiten Male eingesetzt. In meinen Predigten an diesem Tage nannte ich den 19. Dezember den schwärzesten Sonntag des ganzen Jahres. Dieser Krieg gegen die «indonesischen Extremisten» ist ja ein verhängnisvoller Irrtum. Denn was ist die Wurzel dieses niederländisch-indonesischen Konflikts? Die Antwort lautet: Eine Vertrauenskrise, welche im Laufe der Geschichte zwischen den beiden Völkern entstanden ist. Das koloniale Verhältnis, gegründet auf ein unbedingt falsches Superioritätsgefühl, verursachte notwendigerweise ein tiefgewurzelttes Mißtrauen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß es überhaupt keine guten persönlichen Beziehungen gäbe zwischen einzelnen Indonesiern und Holländern. Es hat ja immer Holländer gegeben und es gibt auch heute noch solche, die nicht nach Indonesien gingen, um so viel wie möglich zu verdienen, sondern um so gut wie möglich dienen zu können. Diese Tatsache ändert jedoch die politische Lage gar nicht. Denn rückblickend müssen wir gestehen, daß wir dem indonesischen Nationalismus nie in genügendem Maße gerecht geworden sind.

Bis zum Jahre 1942 war das koloniale Verhältnis zwar dem Namen nach, aber in Wirklichkeit durchaus noch nicht aufgehoben. Im Jahre 1932 wurde Soekarno interniert und erst 1942 von den Japanern befreit. Hatta und Sjahrir wurden im Jahre 1934 verhaftet und nach einer Untersuchungshaft von elf Monaten nach dem Gefangenenlager Boven-Digoel in Neu-Guinea ausgewiesen. 1939 wurden sie weitertransportiert nach Banda. Auch sie wurden von den Japanern befreit. *Holland will eben immer das Heft in Händen haben.*

Auch 1940, nachdem sie ein sehr eindringliches indonesisches Gesuch um Gewährung eines Mitbestimmungsrechtes erhalten hatte, antwortete die niederländische Regierung, daß sie nicht beabsichtige, irgendwelche Versprechungen für die künftige politische Gestaltung Niederländisch-Indiens abzugeben.

Nach dem zweiten Weltkrieg, als die Nationalisten in Java die Gelegenheit zur Gründung einer Republik benützten (diese Republik nahm Ende 1948 den größten Teil dieser Insel ein), und als in den anderen Teilen Indonesiens der Nationalismus sich mehr und mehr ausbreitete, änderten die meisten Niederländer ihre Gesinnung noch immer nicht. Wir wollen das Heft selber in Händen haben, auch wenn wir

Indonesien theoretisch das Recht auf Autonomie zuerkennen. Die Mittel, welche man zur Realisierung dieses Zwecks bis heute benutzt hat, beweisen wohl sehr klar, daß wir nur sehr wenig Verständnis für das Wesentliche dieser Angelegenheit haben. Wir müssen aber verstehen, daß die Vertrauenskrise nur dann überwunden wird, wenn wir klar zeigen, daß wir den Indonesiern aufrichtig helfen wollen, damit sie ihre nationale Selbständigkeit erreichen können.

In den ersten Jahren nach dem Krieg gaben van Mook und Schermerhorn, beides Führer fortschrittlicher Gruppen, ihr Letztes her, um Holland zur Anerkennung des indonesischen Nationalismus zu bewegen. Die Reaktion war jedoch zu stark. Die «christlichen» Parteien in Holland waren die Verkörperung des Kolonialismus. Die Liberale Partei war nicht «christlicher» in dieser Hinsicht als diese «christlichen» Parteien. Die Kommunisten versuchten aus den Schwierigkeiten mit Indonesien nur politisches Kapital zu schlagen. Die römischen Katholiken betrieben eine sehr schlüpfrige Politik, so daß sie jeden Augenblick die Richtung ändern konnten. Die demokratischen Sozialisten aber zeigten gar keinen Radikalismus, und so gab es Kompromiß auf Kompromiß, bis es zur ersten «Polizeiaktion» im Juli 1947 kam.

Nur wenige Leute in Holland verstanden, daß eine derartige Polizeiaktion nie eine Vertrauenskrise erledigen konnte. Sogar die Kirchen schwiegen leider. Nur wenige Pfarrer, der niederländische Zweig des Versöhnungsbundes («Kerk en Vrede») und einige fortschrittliche Wochenblätter sprachen aus, was die ganze niederländische Kirche hätte aussprechen sollen.

Jeder, der die Geschichte der mißlungenen Verhandlungen seit 1947 liest, bekommt einen unabweisbaren Eindruck von Schuld und Tragödie. Gelegenheit auf Gelegenheit wurde versäumt; die Holländer machten immer aufs neue wieder Vorbehalte, wenn sie auch anscheinend bereit waren, das Recht auf Autonomie zu gewähren. Manchmal verschenkten sie Rechte, welche sich die Republik bereits endgültig selbst genommen hatte. So konnten bald die Extremisten dominieren, und das Chaos in der Republik äußerte sich in Mord und Brandstiftung.

In Holland sieht man im großen und ganzen gar nicht ein, wie unmöglich es ist, Ordnung zu schaffen, solange diese Vertrauenskrise nicht beseitigt ist. Immerhin hat im September 1948 die Hervormde Kerk (die Reformierte Kirche, die größte protestantische Kirche in Holland) einen sehr mutigen Brief an den Ministerrat gesandt, worin sie sagte, daß jede Lösung des Problems mittels Waffengewalt unvermeidlich eine Quelle großer künftiger Schwierigkeiten sein würde, und daß für die Kirche wie auch für die Mission in Indonesien eine gewaltsame Lösung der heutigen Schwierigkeiten menschlich gesprochen eine unüberwindliche und katastrophale Entfremdung der indonesischen Bevölkerung bedeuten würde.

Wir hoffen recht sehr, daß diese ziemlich pessimistische Voraussage

sich nicht bewahrheiten werde. Wir fürchten jedoch, daß Holland in Indonesien schon verloren hat, und dies bedeutet, daß Holland Asien tatsächlich verloren hat. Wir haben die Möglichkeiten von drei Jahren schuldhaft versäumt.

Kr. Strijd.

Wir geben im folgenden auch einen offiziellen kirchlichen Protest wieder, dessen anständige Tendenz freilich durch die übliche Betonung der kirchlichen Inkompetenz gegenüber Entscheidungen der «Fachleute» abgeschächt wird. (B. B.)

*Ein Wort der Generalsynode der reformierten Kirche  
zum indonesischen Konflikt*

Die Generalsynode der Nederlandsch-Hervormde Kerk hat am 14. Januar 1949 folgende Erklärung abgegeben:

«In ihrem Schreiben vom 22. September 1948 an den Ministerrat ging die Generalsynode von dem Versprechen aus, das die Königin im Namen des niederländischen Volkes abgegeben und bei verschiedenen Gelegenheiten wiederholt hat, nämlich an der Herbeiführung der politischen Unabhängigkeit Indonesiens mitzuwirken.

Inzwischen hat man aber wieder zu den Waffen gegriffen, und wir müssen nun damit rechnen, daß der geistige Schaden, vor dem wir in unserem Schreiben an den Ministerrat gewarnt haben, nun wirklich angerichtet worden ist. Wir wissen, daß der Entschluß der Regierung nach wirklicher Herzensprüfung gefaßt wurde. Die Regierung war der Auffassung, daß durch ihr Nichteingreifen in dieser augenblicklichen Situation größerer Schaden angerichtet worden wäre und sie damit das den Indonesiern gegebene Versprechen nicht eingehalten hätte. Die Regierung allein war befugt, diesen Entschluß zu fassen, den die Kirche in seiner politischen Tragweite nicht beurteilen kann. Die Synode befürchtet jedoch, daß die militärische Aktion das gegenseitige Vertrauen untergraben hat und daß sich das nicht nur in den künftigen Beziehungen zwischen Holland und Indonesien, sondern auch in der Arbeit von Kirche und der Mission auswirken wird. Dennoch ist die Kirche geneigt, die Erklärung der zuständigen staatlichen Behörden, wonach ungeachtet dieser Maßnahmen sie ihre ganze Kraft auf die rasche Verwirklichung der politischen Freiheit und Unabhängigkeit Indonesiens konzentrieren werden, sehr ernst zu nehmen.

Wir bekennen, daß wir nicht nur als Kirche, sondern auch als Volk in unseren Beziehungen zum indonesischen Volk mehr an uns selbst gedacht haben als an sie, die wir lieben und als Nachbarn anerkennen sollten. Sollte entgegen unseren Hoffnungen die Regierung von der Linie abweichen, zu der sie sich in den letzten Wochen wiederholt bekannt hat, so fühlen wir uns verpflichtet, wenn auch im vollen Bewußtsein unserer eigenen Schuld, unsere Stimme zu erheben. Alle Hinder-

nisse müssen beseitigt werden, die der freien und unabhängigen Zusammenarbeit zwischen den Niederlanden und Indonesien im Wege stehen.

Das niederländische Volk und seine Regierung müssen unter Verzicht auf jegliche selbstsüchtigen Interessen das Möglichste tun, um durch eine vorbehaltlose und großzügige Erfüllung der gegebenen Versprechen das Vertrauen unter den Indonesiern, einschließlich der Republikaner, wiederherzustellen.

Im Glauben an unseren Herrn Jesus Christus bekennen wir unsere Gemeinschaft mit den Kirchen Indonesiens, die sich zu dem gleichen Herrn und Heiland bekennen. Er allein kann uns frei und bereit zum Dienst aneinander machen.»

Oe. P. D.

## Weltrundschau

**New Deal Nr. 2** Die Vereinigten Staaten von Amerika sind die erste Weltmacht unserer Zeit. Sie sind das reichste Land der Erde, der größte Güterproduzent, der größte Warenexporteur, das größte Kapitalreservoir, der größte Kreditgeber und die größte Militärmacht aller bisherigen Geschichte. Ihr Einfluß zum Guten und zum Bösen ist ungeheuer und entsprechend groß auch ihre Verantwortung gegenüber den anderen Völkern. Das ist die Lage, der sich Präsident Truman beim Antritt seiner neuen Amtsperiode gegenüber sieht, und sie spiegelt sich denn auch deutlich in allen Kundgebungen wider, die von ihm bei dieser Gelegenheit ausgegangen sind. Seine Botschaften und Reden atmen einen sachlichen Ehrgeiz und eine Großzügigkeit, die man dem «kleinen Mann aus Missouri» gar nicht zugetraut hätte. Es geht zwar natürlich viel zu weit, wenn man dem innerpolitischen Programm der neuen demokratischen Regierung — anklagend oder rühmend — sozialistische Neigungen nachsagt. Auch der zweite New oder Fair Deal, wie ihn Truman angekündigt hat, soll im Gegenteil, wie schon der erste, Rooseveltsche, den Kapitalismus stärken und erhalten, der nun einmal die Wirtschaftsreligion des Durchschnittsamerikaners ist, aber er wird das zu erreichen suchen, indem er noch mehr als schon bisher den Staat zum Teilhaber und Regulator einer Wirtschaft machen will, die, sich selbst überlassen, nicht imstande wäre, die Verbraucher vor überhöhten Preisen zu schützen, den Arbeitern angemessene Mindestlöhne zu sichern, die Finanz- und Industriemonopole zurückzubinden, den Millionen von Menschen, die «immer noch in Elendsquartieren und Brandfallen hausen», anständige Wohnungen zu bauen, der Jugend allgemein einen ordentlichen Schulunterricht zu ermöglichen und den Kranken und Alten menschliche Stütze und Hilfe zu bieten. Der Staat soll im Sinne dieses Programms in großem Stil elektrische Kraft erzeugen und Wasserstraßen bauen, soll die Bürgerfreiheiten gewährleisten, auch wenn es sich